

Beschluss

der Landesvorstände

Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen am 11.06.2014



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

„Made in Germany“ in Gefahr

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigungen der CDU-Landesverbände Nordrhein-Westfalen sowie Niedersachsen fordern eine Abkehr der Sozialisten im EU-Parlament von der geplanten Neuregelung für Herkunftsbezeichnungen.

„Made in Germany“ ist schon seit über 100 Jahren von einer ursprünglich diskriminierend gedachten Herkunftsbezeichnung zu einem Gütezeichen für unsere Produkte geworden. Deutschland ist eine der wichtigsten Exportnationen der Welt und muss dies als wirtschaftliche Lokomotive der EU auch bleiben. Deutschlands Kapital sind Ideen und technische Entwicklungen, Ingenieurskunst und Qualitätsprodukte. Damit das Label „Made in Germany“ nicht willkürlich verwendet werden kann, gibt es in Deutschland klare richterlich definierte Anforderungen, wann ein Produkt dieses Label tragen darf.

Die drei anwendbaren Kriterien hierfür sind: (OLG Stuttgart 1995)

1. maßgebliche Herstellung der Ware in Deutschland
2. entscheidender Wertschöpfungsanteil durch Zusammenbau in Deutschland
3. maßgebliche Veredelung des Produkts in Deutschland

Deutschland verfügt also über klar nachvollziehbare Bewertungskriterien für das Gütesiegel, die auch in besonderem Maße der Tatsache Rechnung tragen, dass zwar einzelne oder auch ein größerer Anteil von Bauteilen in anderen Ländern gefertigt sein können, aber eben vor allem die Deutsche Technik und Ingenieurskunst in diesem Produkt zum Tragen kommt.

Die EU-Kommission versucht nun, die Angaben zum Herkunftsland zu ändern. Die Regelungen sollen sich künftig nur noch am Zollkodex und nicht mehr an Qualitätsmerkmalen orientieren. Dies bringt das Gütesiegel „Made in Germany“ ernsthaft in Gefahr. Demnach würde das Label künftig den Anteil der Vorproduktionen wesentlich höher gewichten, was für Unternehmen ein Mehr an Bürokratie und Kosten bedeutet. Dies ist eine Politik gegen unseren Wirtschaftsstandort und damit gegen Arbeitsplätze in Deutschland.

Zudem sind Zollvorschriften nicht geeignet, die Herkunft von Produkten zu bestätigen. Sie dienen damit auch keiner verbesserten Produktsicherheit. Weder Verbrauchern noch Unternehmen hilft diese Neuregelung. Sie führt Verbraucher nur in die Irre, da sie von den entscheidenden Produktionsstufen und der unternehmerischen Verantwortung für das Produkt ablenkt.

Sozialdemokratische Europaabgeordnete aus Deutschland, geführt von Martin Schulz, haben sich im Europäischen Parlament in Straßburg vor wenigen Wochen für die Neuregelungen zur Herkunftsangabe ausgesprochen. Damit gefährden die SPD-Europaabgeordneten das Gütesiegel „Made in Germany“ und ignorieren jegliche Interessen der deutschen Wirtschaft und Verbraucher.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung fordert von der neuen Kommission, vom Europäischen Parlament und vom Ministerrat, im Interesse der gesamten europäischen Industrie, von dem Vorhaben Abstand zu nehmen.

In Deutschland erdachte und konstruierte Produkte sind deutsche Produkte und müssen dies auch bleiben. Idee, Veredelung und Endfertigung sind die wichtigsten Teile des Herstellungsprozesses und definieren die Herkunftsbezeichnung. Wir wollen den Angriff auf unser Gütesiegel „Made in Germany“ stoppen.